

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 3. März

(Stand: 04.03, 15:30 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3 . EU-Sanktionsbeschlüsse**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Aktuelle Informationen zu Unternehmensaktivitäten in der Ukraine**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167129.

Jobangebote für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in den ukrainischen Nachbarstaaten zu vermitteln. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Ost-Ausschuss Arbeitskreis Belarus, 4. März, 10:00 Uhr-11:15 Uhr

Moderation:

Torsten Weber, Sprecher Länderarbeitskreis Belarus im Ost-Ausschuss und Geschäftsführer, Remondis International GmbH, unter Teilnahme u.a. des AA, Berlin Economics, AHK Minsk

Kernaussagen:

- Wir erleben eine nie dagewesene Entwicklung. Angespannte Lage. Gefahr eines Konfliktes zwischen NATO und Russland. Keine Zeit für ökonomischen Triumphalismus. Sollten nicht riskieren, dass die Russen sich hinter Putin scharen.
- Belarus ist Aufmarschgebiet für Angriff gegen Ukraine. Militärische Übung wurde als Deckmantel verwendet. Man übernimmt in Belarus das russische Narrativ, dementiert aber, dass belarussische Soldaten sich beteiligen. Nach unserer Auffassung ist das auch aktuell der Fall. Kann sich aber ändern. Es waren ca. 30.000 russische Soldaten in Belarus, es gab Raketenabschüsse auf die Ukraine.
- Lukaschenko will sich aus aktivem Krieg heraushalten. Schockzustand auch in den Machteliten. Die Ukraine hat ihre diplomatischen Beziehungen mit Minsk noch nicht abgebrochen. Sollte Russland verlangen, dass Belarus sich mit Truppen beteiligt, wird es

schwierig. Eindruck ist, dass Belarus nicht vorzeitig von Putin informiert war. Vermutlich wussten nur ganz wenige in der Führung vom Einsatz

- Es gab Proteste. Mehrere hundert Demonstranten wurden festgenommen. Aktuell wenig Aussichten auf große Demonstrationen. Man ist sehr abhängig von Russland.

- Verfassungsreferendum war Ende Februar. Lukaschenko hat sich längere Amtszeit gesichert. Belarus gibt Neutralitätsstatus auf und erlaubt Stationierung von Nuklearwaffen auf belarussischem Territorium.

- Verhandlungsrunden zwischen Ukraine und Russland finden in Belarus statt. Einigung auf humanitäre Korridore. Es gibt noch Gesprächskanäle in die Regierung Minsk. Einige Botschaftsmitarbeiter mussten das Land bereits verlassen, erwarten belarussische Gegensanktionen nach EU-Entscheidung.

- Wirtschaftliche Folgen sind bereits zu spüren. Es gibt kein Geld mehr am Geldautomaten. Fluggesellschaft Belavia war schon sanktioniert. Schließung der Landgrenze für Straße und Schiene ist nicht ausgeschlossen. Es gibt eine Reisewarnung für Belarus, noch werden Deutsche nicht zum Verlassen des Landes aufgefordert. Botschaft versucht die COVID-Beschränkungen für Visa aufzuheben. Es gebe hier leider noch Restriktionen.

- EU hat 22 Personen neu gelistet, Sektorsanktionen, Exportverbote für Dual-use und Technologie, Exportverbot für einige Maschinen abgesehen von Maschinen für den täglichen Gebrauch. 37- 55 Prozent der belarussischen Exporte in die EU sind jetzt sanktioniert. Umgekehrt gibt es einen Stopp für wichtige deutsche Exporte nach Belarus.

- Weitere Sanktionen sind wahrscheinlich, wenn sich Belarus verbal oder aktiv an dem Krieg beteiligt.

- USA haben Botschaft aufgegeben, Franzosen haben alle entbehrlichen Mitarbeiter abgezogen. Deutschland und Mehrheit der EU-Partner sind diese Schritte noch nicht gegangen.

Wirtschaftliche Entwicklung:

- Wirkung der bisherigen Sanktionen lag für 2022 (0,8 % BIP) und 2023 (0,2 % BIP) ursprünglich also überschaubar. Ändert sich durch die aktuelle Krise.

- Aktuell geht Goldman Sachs von Rückgang des BIP um 30 Prozent für Belarus für 2022 aus. Belarus ist massiv im Handel von Russland abhängig. Wird mit getroffen, auch von möglichen russischen Gegensanktionen.

- Bei den neuen EU-Sanktionen sind etwa 2-3 Milliarden Euro Volumen der Exporte aus Belarus betroffen. Das wären fast 5 Prozent des BIP. Wäre erheblicher Schock für belarussische Wirtschaft. Deutscherseits liegt das Volumen bei etwa 300 Millionen, vor allem Holz und Metall

- Belarus ist stark in regionale Wirtschaftsläufe eingebunden und wird massiv von den Sanktionen in Form des BIP-Rückgangs betroffen sein

- Bisher keine BLR Banken unter SWIFT Bann. Zahlungsverkehr mit BLR Töchtern von RUS Banken juristisch nicht betroffen.

- Finanzmarkt: Massive Verwerfungen bei Eurobonds. Belarussischer Rubel extrem abgewertet. Die Frage, wie liquide ist das Land noch? Russland wurde im Bonitätsranking massiv runtergestuft. Russische Zentralbank hat Zinsen auf 20 Prozent angehoben, auch für Belarus ist dies schädlich. Russland war immer „lender of last resort“ für Belarus. Jetzt gibt es die Frage, hat Russland die Mittel und Bereitschaft, Belarus weiter zu unterstützen?

-Deutsche Banken machen kein Neugeschäft in Belarus mehr. Die USA haben zudem drei belarussische Banken auf die SDN-Liste gesetzt und damit sanktioniert. Mit diesen ist kein Geschäft mehr möglich.

- Große Banken in Russland können keine ausreichende Deckung mehr anbieten. Schneeballeffekt. Geschäfte werden angehalten. Wenn man Konten bei einer sanktionierten Bank hat, bleibt es möglich, Gelder abziehen, wenn sie auf eine nicht-sanktionierte Bank übertragen werden.

Logistikketten:

- Verkehre entlang der Seidenstraße funktionieren noch. Zoll ist ein Thema, Versicherungen sind Thema und Zahlungsverkehre. Landverkehr: Die Grenze Belrus und Russland zu Polen offen. Rückstau von aktuell 3000 LKW Richtung Belarus. Abwicklung langsam wegen der Sanktionswirkung. Verkehre ins Kaliningrader Gebiet sind zu, da gibt es keine Verkehre auf der Landstrecke. Luftfracht nach Belarus war früher zu 80 Prozent über Moskau, ansonsten Budapest und Frankfurt. Hier gibt es Probleme Richtung Belarus. Leasinggesellschaften fordern Flugzeuge zurück. Im Moment kommt Luftfracht über Turkish Airlines und Emirates nach Moskau. Von dort per Landweg auf LKW nach Belarus. Hohe Kosten für den Transport. Seefracht: Hafen Klaipeda in Litauen für Belarus war schon wegen Sanktionen reduziert.

- Seidenstraßen: Noch keine Probleme zwischen China und der EU entlang der Seidenstraße. Aktuell 16 Tage unterwegs, statt 14 Tage. Verkehr zwischen Kasachstan und Europa aktuell gestört. Man arbeitet an Korridor über Litauen Richtung Mukran.

-Die AHK Belarus bietet aktuelle Informationen zu Sanktionsentwicklung auf der Webseite an. Es gibt auch ein Kontaktformular für Fragen.

Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft vom 3. März zur Lage in der Ukraine

Kernaussagen:

Im Rahmen der Sitzung des OA/GHA-Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft am 3.3. behandelten die AK-Mitglieder die humanitären Aktionen in der Ukraine sowie die allgemeine Lage des Gesundheitssektors in der Ukraine sowie in Russland und Belarus. Unterstrichen wurde die besondere Bedeutung der Unternehmen, die einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung in der aktuellen Krisensituation leisten. Der Arbeitskreis dient auch dem Austausch und der Verzahnung von Hilfsaktionen.

In der Ukraine ist die humanitäre Lage vielerorts katastrophal. Ärzte und Krankenschwester arbeiten rund um die Uhr. Engpässe von elementaren Medizingütern sind zu verzeichnen, anspruchsvolle Behandlungen (Neurochirurgie, Onkologie) sind verschoben. Die deutsche Wirtschaft leistet Soforthilfe an Hilfsorganisationen und organisiert Medizingüterlieferungen. Die Abwicklung an den Grenzen verzögert sich, die „grünen Korridore“ für humanitäre Hilfe können bislang nicht für „normale“ Transporte für die medizinische Infrastruktur genutzt werden. Nach Informationen von Partnerorganisationen vor Ort kann humanitäre Hilfe von Lwiw und Ternopil über Schiene in den Osten des Landes geliefert werden.

Kliniken und Patienten in Russland werden derzeit über Armenien und Kasachstan beliefert. Die Unternehmen des Gesundheitssektors achten sehr streng auf die Einhaltung von Sanktionen. In langfristiger Perspektive tauschten sich die Unternehmensvertreter über mögliche Projekte zur Modernisierung der Gesundheitsinfrastruktur über *Public-Private-Partnership (PPP)* in Zentralasien (Kasachstan und Usbekistan) aus.

Kontakt:

Petya Hristova, Leiterin des Bereichs Gesundheitswirtschaft im Ost-Ausschusses, Tel. +49 30 206167-155, P.Hristova@oa-ev.de

[Zeit Online](#)

Habeck kündigt Hilfsmaßnahmen für Unternehmen an

Deutsche Unternehmen, die unter dem Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen Russland leiden, sollen staatliche Kredite zu günstigen Konditionen erhalten. Das Konzept werde im Kern aus der Corona-Pandemie übernommen, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nach einem Gespräch mit Wirtschaftsvertretern. Die Höhe des Kreditprogramms der staatlichen Förderbank KfW nannte er zunächst nicht.

Außerdem stünden für Unternehmen, die in Russland aktiv waren, Investitionsgarantien zur Verfügung sowie Hermes-Bürgschaften. Mit diesen können deutsche Unternehmen ihre

Exporte gegen wirtschaftliche und politische Risiken absichern. Die Investitionen deutscher Firmen in Russland betragen Habeck zufolge rund 20 Milliarden Euro.

„Für die deutsche Wirtschaft sind die Konsequenzen des Krieges deutlich absehbar und zum Teil schon zu spüren“, sagte der Grünenpolitiker nach einem Gespräch mit Wirtschaftsvertretern. Die Lage sei wegen der Pandemie zuvor schon angespannt gewesen, zudem sei sie sehr komplex und treffe indirekt viele Bereiche. "Man muss tatsächlich von kleinen Einschnitten große Auswirkungen befürchten."

Habeck räumte ein, dass Deutschland zumindest kurzfristig weiter auf russische Energieimporte angewiesen ist. "Wir brauchen die Energiezufuhr aus Russland für Preisstabilität und Energiesicherheit", sagte Habeck. Ein Energieembargo lehne er ab. Man wolle die Importe diversifizieren, dies brauche aber Zeit. Deutschland müsse sich länger auf höhere Energiepreise einstellen. Der jetzige Anstieg werde aber wohl nicht von Dauer sein.

Habeck betonte, dass die Wirtschaft die Sanktionen vollumfänglich mittrage. "Niemand hat gesagt, das ist ein Fehler. Die Solidarität ist ungebrochen", sagte Habeck.

2. Terminübersicht

8. März: Briefing des wiiv

Russia's invasion of Ukraine – what can the West do?
with Stephanie Fernkart, Hlib Vyshlinsky, Michael Landesmann and Olga Pindyuk
Date: Tuesday, 8 March 2022, 15:00-16:00 CET
This is an online event via Zoom.

REGISTER

Registration link:

https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_q8bV5fEjRKmANesEcsGGnA

9. März: ONLINE-EVENT: DECKUNGSPRAXIS RUSSLAND UND BELARUS AM 9. MÄRZ 2022 VON 08:30 - 09:30 UHR

Wir werden Sie in einem wöchentlichen Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis informieren und Ihre Fragen beantworten.

Am 9. März 2022 ab 08:30 begrüßen Sie

- Vertreter:innen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
- Felix Brücher, Head of Department Market & Commercial Underwriting, Euler Hermes AG
- Jan-Philipp Apking, Head of Division Underwriting & Risk Management, Euler Hermes AG
- Michael Huber-Saffer, Partner, Investitions Garantien des Bundes, PricewaterhouseCoopers GmbH.

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/online-event-deckungspraxis-russland-und-belarus-2022)

Bitte zögern Sie nicht, bei Fragen direkt mit uns in Kontakt zu treten. Unter der Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail info@exportkreditgarantien.de erreichen Sie Ihren Ansprechpartner zu grundsätzlichen Fragestellungen für Ihre Exportabsicherung.

Um Sie über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet zu halten, melden Sie sich bitte einmalig zu unserem Newsletter an:

[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/hermesdeckungen-newsletter-abonnieren)

Böll.Global 10 | Zeitenwende in Europa

Zum Krieg in der Ukraine und seiner Bedeutung für Europa

Online-Diskussion Freitag, 11. März, 12.00 – 13.30 Uhr (MEZ)

[Anmeldung](#)

Dr. Antonie Nord, Leiterin der Abteilung Internationale Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung, diskutiert mit **Stefanie Harter**, Leiterin des Auslandsbüros Moskau der Heinrich-Böll-Stiftung, **Johannes Voswinkel**, Leiter des Auslandsbüros Kiew der Heinrich-Böll-Stiftung und **Robin Wagener**, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 3. März)

In mehreren getrennten Erklärungen kündigte der Hohe Vertreter Borrell in den vergangenen Tagen die Anpassung anderer Länder an die EU-Sanktionen an. Dies gilt für die Kandidatenländer Nordmazedonien, Montenegro und Albanien, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Kandidatenland Bosnien und Herzegowina und die EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums, sowie die Ukraine. Aktuelle Ausnahme bleibt Serbien.

EU-Sanktionen gegen Belarus

Die Europäische Union hat neue Sanktionen gegen Belarus beschlossen. Gestern wurden 22 Personen auf der individuellen sanktionsliste ergänzt. Insgesamt beläuft sich die Liste inzwischen auf 702 sanktionierte Einzelpersonen und 53 Unternehmen, die mit Verbot von Geschäftsaktivitäten, Reisesperren und Vermögenssperren belegt sind. Z Zu den neuen Sektorsanktionen gehören Beschränkungen des Handels mit Tabakerzeugnissen, mineralischen Brennstoffen, bituminösen Stoffen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen, Kaliumchlorid ("Pottasche"), Holzprodukten, Zementprodukten, Eisen- und Stahlprodukten und Gummierzeugnissen verwendet werden.

Weitere Beschränkungen wurden auch für die Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und von bestimmten Technologiegütern und Technologien, die zur militärischen, technologischen, verteidigungs- und sicherheitspolitischen Entwicklung von Belarus beitragen könnten, sowie für die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen verhängt.

EU-Statement zu den Belarus-Sanktionen:

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/02/belarus-role-in-the-russian-military-aggression-of-ukraine-council-imposes-sanctions-on-additional-22-individuals-and-further-restrictions-on-trade/>

Einzelne Maßnahmen:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:066:TOC>
(Liste der neu sanktionierten Personen)

Handelsmaßnahmen:

<https://eur-lex.europa.eu/oj/direct-access.html>

Ausführungsbestimmungen zu Sektorsanktionen gegen Belarus:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:067:TOC>.
[EUR-Lex - 32022R0353 - DE - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Personen- und Unternehmenssanktionen:

[Belarus' role in the Russian military aggression of Ukraine: Council imposes sanctions on additional 22 individuals and further restrictions on trade - Consilium \(europa.eu\)](#)

Tägliche Neuentwicklungen des EU-Rechts können Sie im EU-Amtsblatt verfolgen:

[Amtsblatt der Europäischen Union - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:
[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker)

4. Russland-Gegensanktionen

Sanktionsforderungen gegen Russland sollen unter Strafe gestellt werden.

Laut folgender Meldung hat der russische Föderationsrat am Freitag ein Gesetz verabschiedet, das eine „verwaltungsrechtliche Haftung für die Verunglimpfung des Einsatzes der russischen Streitkräfte zur Verteidigung Russlands und seiner Bürger sowie für die Forderung nach Sanktionen gegen Russland“ einführt.

Zu diesem Zweck werden neue Artikel in das russische Gesetzbuch über Ordnungswidrigkeiten (CAO) aufgenommen. Eines davon bestraft Aufforderungen an ausländische Staaten, staatliche Verbände oder Vereinigungen sowie zwischenstaatliche Einrichtungen, Maßnahmen zur Verhängung oder Verlängerung von Sanktionen gegen Russland, russische natürliche oder juristische Personen zu ergreifen.

Die Meldung zu den genannten Maßnahmen stammt von der Nachrichtenagentur Tass: [Совфед одобрил закон об уголовной ответственности за призывы к санкциям против России - Политика - ТАСС \(tass.ru\)](https://tass.ru/politika/2022/05/13/sovfed-odobril-zakon-ob-ugolovnoy-otvetstvennosti-za-prizyvy-k-sanktsiyam-protiv-rossii)

Zur Einschränkung der freien Berichterstattung gibt es einen Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland:

[Krieg in der Ukraine: Russland stellt hohe Strafen für „Fake News“ über Militäreinsatz in Aussicht \(rnd.de\)](https://www.rnd.de/politik/Krieg-in-der-Ukraine-Russland-stellt-hohe-Strafen-fuer-Fake-News-ueber-Militaereinsatz-in-Aussicht-rnd.de)

Angesichts des Ukraine-Kriegs will Russland die Verbreitung angeblicher Falschinformationen über die russischen Streitkräfte mit drastischen Strafen belegen. Das Parlament stimmte am Freitag in Moskau für eine entsprechende Gesetzesänderung. Es drohen demnach hohe Geldstrafen und bis zu 15 Jahre Haft.

Medien in Russland ist seit vergangener Woche verboten, in der Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine Begriffe wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ zu verwenden. Moskau bezeichnet den Krieg als militärische „Sonderoperation“.

Damit die Gesetzesänderung in Kraft tritt, sind noch die Zustimmung des Föderationsrats, der zweiten Parlamentskammer, sowie die Unterschrift von Präsident Wladimir Putin notwendig. Beides gilt aber als Formalie.

Befürchtet wird, dass das die Berichterstattung verbliebener unabhängiger Medien in Russland gravierend einschränken wird. Die russischen Behörden hatten in den vergangenen Tagen schon mehrere kritische Sender blockiert. Der bekannte Radiosender Echo Moskwy gab seine Schließung bekannt.

Wer Inhalte, die gegen die Vorgaben verstoßen, nicht löscht, muss mit einer Blockade rechnen, hieß es bereits vorige Woche. Das gelte auch für die Verbreitung „unwahrer Informationen über den Beschuss ukrainischer Städte und den Tod von Zivilisten in der Ukraine durch Handlungen der russischen Armee“. Mehrere Medien wurden bereits blockiert.

Russlands Behörden haben ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen in den Medien seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine massiv verschärft. Die Websites von unabhängigen Medien sind teilweise nicht erreichbar.

Die russischen Behörden haben den Zugang zu den Websites der Deutschen Welle und weiterer unabhängiger Medien nach eigenen Angaben "eingeschränkt". Auch Journalisten der Nachrichtenagentur AFP stellten Zugangsprobleme fest.

Von dem Schritt sind neben dem deutschen Auslandssender auch die Websites von BBC, Medusa und Swoboda betroffen, teilte die Medienaufsichtsbehörde Roskonnadsor mit. Außerdem sind die Websites von Facebook sowie RFE-RL betroffen.

Russlands Behörden haben ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen in den Medien seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine massiv verschärft.

Der unabhängige Radiosender "Echo Moskwy" etwa hatte gestern seine Auflösung bekannt gegeben, nachdem er wegen seiner Berichterstattung über die Invasion in der Ukraine mit einem Sendeverbot belegt worden war. Auch der unabhängige Fernsehsender "Doschd" wurde verboten.

Russische Medien waren nach dem Einmarsch in die Ukraine angewiesen worden, nur offizielle Informationen der russischen Behörden für ihre Berichterstattung zu verwenden. Begriffe wie "Angriff" oder "Invasion" im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die Ukraine sind verboten. Die Behörden stellen den Angriffskrieg auf die Ukraine lediglich als "Sondereinsatz" des Militärs und Friedensmission zum Schutz russischsprachiger Ukrainer dar.

[Redaktionsnetzwerk Deutschland](#)

Russland liefert keine Raketentriebwerke mehr an USA

Als Reaktion auf US-Sanktionen stoppt Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos die Lieferung von Raketentriebwerken in die USA. „Lasst sie auf ihren Besen ins All fliegen“, sagte Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin am Donnerstag im Staatsfernsehen. Zudem wolle Russland vorerst keine gelieferten Triebwerksmotoren mehr warten. Mehrere westliche Länder haben nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie trafen auch die Raumfahrtindustrie.

Rogosin hatte bereits in der Vergangenheit vom Westen verhängte Strafmaßnahmen kritisiert und sogar mit einem Ausstieg Russlands aus der Internationalen Raumstation ISS ab 2025 gedroht. Am Mittwoch verkündete die Weltraumbehörde, vorerst keine weiteren Satelliten für schnelles Internet des britischen Kommunikationsunternehmens OneWeb ins All zu bringen. Der Konzern solle „innerhalb von zwei Tagen umfassende rechtsverbindliche Garantien“ geben, dass die Satelliten nicht für militärische Zwecke verwendet und Daten nicht ans Militär weitergeleitet werden, sagte Rogosin am Mittwoch im russischen

Staatsfernsehen. Sollte OneWeb keine Garantien abgeben, werde die Sojus-Rakete mit den Satelliten wieder vom Startplatz genommen. Der Start ist für Samstag geplant.

Als Reaktion auf EU-Sanktionen gegen Moskau hatte Roskosmos am Samstag auch die Zusammenarbeit bei Weltraumstarts in Kourou in Französisch-Guyana ausgesetzt.

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Weitere Meldungen aus/über Russland:

In den sozialen Netzwerken verbreitete sich die Information, dass der Kreml nach Angaben des ukrainischen Geheimdienstes am 4. März das Kriegerrecht im Land oder zumindest in einigen Regionen verhängen und Männern im wehrpflichtigen Alter die Ausreise aus Russland verbieten werde. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, bezeichnete diese Berichte als "Gerücht" und rief dazu auf, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken.

Tagesschau:

[Kreditwürdigkeit: Droht Russland der Staatsbankrott? | tagesschau.de](#)

Alle drei an den internationalen Finanzmärkten bedeutsame Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit Russlands jetzt auf "Schrottniveau" herabgesetzt. Fitch nahm heute die Bonitätswertung um sechs Stufen auf die Note "B" zurück. Weitere Herabstufungen sind möglich.

Auch die Ratingagentur Moody's senkte ihr Kreditbewertung heute gleich um sechs Stufen auf "B3". Die dritte und wohl bekannteste Ratingagentur, Standard & Poor's (S&P), hatte die Kreditwürdigkeit Russlands bereits vor einigen Tagen auf Schrottniveau heruntergestuft. Die Ratingnote liegt bei "BBB-" und damit ebenfalls im spekulativen Bereich.

Zahlreiche Fondsmanager hätten zudem russische Wertpapiere wegen des Krieges unabhängig von den Ratingabstufungen bereits aus ihren Fonds genommen, so Heinisch. Da der interne Zahlungsverkehr in Russland aber intakt ist, kann sich Russland im Inland weiter verschulden, wenn es erforderlich ist.

Russland verfügt laut Heinisch prinzipiell über ausreichend Mittel, um die Schulden zu bedienen, die Zahlungsfähigkeit sei grundsätzlich gegeben: "Aber selbst wenn Russland zahlen will, könnte es sein, dass die Zahlungen zumindest für die Auslandsverschuldung sanktionsbedingt nicht abgewickelt werden können."

Auch die Analysten der US-Bank JPMorgan warnen davor, dass die Sanktionen der Verbündeten und die Unterbrechung der Zahlungsketten für Russland hohe Hürden

darstellten, um den Zahlungsverpflichtungen aus Anleihen überhaupt nachkommen zu können.

Ein wichtiges Datum ist diesbezüglich ist der kommende 16. März. An diesem Tag werden die nächsten russischen Zahlungen ins Ausland fällig. Wenn sie nicht geleistet würden, bliebe eine weitere Frist von 30 Tagen, sodass nach Angaben der JPMorgan-Fachleute der Zahlungsausfall am 15. April eintreten könnte.

[Frankfurter Allgemeine](#)

JP Morgan: Russische Wirtschaftsleistung schrumpft um 35 Prozent (FAZ)

Die US-Großbank JP Morgan geht davon aus, dass die Sanktionen des Westens die russische Wirtschaft hart treffen werden. Weitere große Unternehmen ziehen sich aus dem Land zurück – darunter der Chiphersteller Intel.

Die russische Wirtschaft wird der US-Großbank JP Morgan zufolge wegen des Kriegs in der Ukraine und der vom Westen verhängten Sanktionen im zweiten Quartal stark einbrechen: um 35 Prozent. Im Gesamtjahr 2022 werde die Wirtschaft um 7 Prozent schrumpfen, heißt es in einer aktuellen Einschätzung. Die Entwicklung werde mit der schweren Wirtschaftskrise 1998, der globalen Finanzkrise 2008 sowie den Folgen der Coronavirus-Pandemie vergleichbar sein.

So dürften die Exporte in diesem Jahr um 13 Prozent zurückgehen, die Binnennachfrage um 10 Prozent und die Importe um etwa 30 Prozent. „Klar ist zudem, dass die zunehmende wirtschaftliche und politische Isolation Russlands langfristig zu einem geringeren Wachstum führen wird“, schreibt Analyst JP-Morgan-Anatolij Shal. Im kommenden Jahr wird ein Nullwachstum erwartet. Das langfristige Trendwachstum dürfte nur bei etwa 1 Prozent liegen.

Die Ratingagentur S&P drückte ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit Russlands noch tiefer in den Ramsch-Bereich. Die Bonitätsnote werde von „BB+“ auf jetzt „CCC-“ zurückgenommen. „Die Herabstufung folgt auf die Auferlegung von Maßnahmen, die unserer Meinung nach das Risiko eines Zahlungsausfalls erheblich erhöhen werden“, hieß es mit Blick auf die neuen westlichen Sanktionen. Die Ratingagentur warnte zudem vor weiteren Herabstufungen, da die Aussichten weiterhin negativ bewertet werden.

5. Sanktionen der USA

Neue Sanktionen gegen Personen und Institutionen sowie Ausnahmegenehmigungen

Die USA verhängten neue Personensanktionen gegen acht russische Personen und ihre Familienangehörigen sowie eine Reihe von Unternehmen. Infolge der heutigen Maßnahme sind alle Vermögenswerte und Beteiligungen an Vermögenswerten der genannten Personen und Einrichtungen, die sich in den Vereinigten Staaten befinden oder im Besitz oder unter der Kontrolle von US-Personen sind, gesperrt und müssen dem Office of Foreign Asset Control gemeldet werden.

Darüber hinaus sind alle Einrichtungen, die direkt oder indirekt zu 50 Prozent oder mehr im Besitz einer oder mehrerer gesperrter Personen sind, ebenfalls blockiert. Alle Transaktionen von US-Personen oder innerhalb der Vereinigten Staaten (oder im Transit durch die Vereinigten Staaten), die Eigentum oder Beteiligungen an Eigentum von bezeichneten oder anderweitig gesperrten Personen betreffen, sind verboten, es sei denn, sie sind durch eine von der OFAC ausgestellte allgemeine oder spezifische Lizenz genehmigt oder davon ausgenommen. Diese Verbote umfassen die Leistung von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen durch, an oder zu Gunsten einer gesperrten Person sowie die Entgegennahme von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen von einer solchen Person.

Bei den gelisteten Personen handelt sich um:

Nikolaj Tokarew, CEO von Transneft
Sergey Chemezov, CEO von Rostec
Igor Schuwalow, Vorsitzender von VEB.RF
Alisher Usmanow
Arkady Rotenberg
Boris Rotenberg
Jewginij Prigoschin
Dmitrij Peskow (Pressesprecher des Präsidenten)

Darüber hinaus hat Washington gegen sieben russische Einrichtungen, die nach Ansicht der USA an der Verbreitung von Desinformationen beteiligt sind, sowie gegen Russen und Ukrainer, die mit ihnen in Verbindung stehen, Sanktionen verhängt. Es handelt sich insbesondere um die vom russischen Geheimdienst gesteuerten Desinformationskanäle (Strategic Culture Foundation, InfoRos, NewsFront und SouthFron).

Insgesamt wurde die Sanktionsliste um 26 Personen erweitert.

Hier finden Sie ausführliche Erläuterung der Sanktionen:

[Treasury Sanctions Russians Bankrolling Putin and Russia-Backed Influence Actors | U.S. Department of the Treasury](#)

Ausnahmegenehmigung für Alisher Usmanows Unternehmen

In Verbindung mit den neuen Personensanktionen hat das US-Finanzministerium nach Angaben von Forbes.ru einen so genannten Sanktionswaiver für Alisher Usmanow veröffentlicht und damit Unternehmen, an denen er mehr als 50 Prozent der Anteile besitzt, von Sanktionen freigestellt.

Dieser Meldung zufolge steht Usmanow nicht auf der OFAC-Liste der gesperrten Personen - die Vermögensmittel und Anteile der juristischen Personen, an denen er in den USA beteiligt ist, sind nicht gesperrt, und sie dürfen die Mittel von ihren Konten abschreiben. Diese Ausnahmeregelung gilt nicht für Usmanows Vermögenswerte oder Finanztransaktionen von Unternehmen, die zuvor aus anderen Gründen eingeschränkt waren.

License:

[russia_gl15.pdf \(treasury.gov\)](#)

[США вывели активы российского миллиардера Усманова из-под блокирующих санкций | Forbes.ru](#)

Bericht zu den neuen US-Sanktionen von Tagesschau.de:

[Vermögen eingefroren: Neue US-Sanktionen gegen Oligarchen | tagesschau.de](#)

Die Kreise, die russische Oligarchen noch ziehen können, werden immer enger. Die US-Regierung von Präsident Joe Biden verhängt weitere Sanktionen gegen Personen aus dem Umfeld von Präsident Wladimir Putin.

Wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die US-Regierung weitere Sanktionen gegen sieben russische Oligarchen verhängt. Auch Personen aus Putins innerem Kreis sind betroffen. US-Präsident Joe Biden sagte, die Oligarchen würden sich "ihre Taschen mit dem Geld des russischen Volkes füllen", während die Menschen in der Ukraine sich in U-Bahn-Stationen "vor russischen Raketen verstecken" müssten.

Das Weiße Haus erklärte, diese Individuen und ihre Familienmitglieder würden vom US-Finanzsystem ausgeschlossen, ihr Vermögen in den USA werde eingefroren und ihr Besitz blockiert.

Das US-Außenministerium gab außerdem bekannt, dass es gegen 19 russische Oligarchen und Dutzende ihrer Familienangehörigen und engen Mitarbeiter Visaverbote verhängt hat. "Das Ziel war es, die Auswirkungen auf Putin und Russland zu maximieren und den Schaden für uns und unsere Verbündeten und Freunde auf der ganzen Welt zu minimieren", sagte Biden.

Jachten werden in Sicherheit gebracht

Die USA hatten bereits vergangene Woche Sanktionen gegen Putin, seinen Außenminister Sergej Lawrow sowie mehrere Oligarchen verhängt. Nun wurde diese Liste erweitert. Die USA folgten damit der EU, die am Montag Putin-Sprecher Peskow und eine Reihe von Oligarchen auf ihre Sanktionsliste gesetzt hatte. Ihr Vermögen in der EU wird eingefroren, und es wurden Einreisesperren gegen sie verhängt.

"Die Vereinigten Staaten und Regierungen in aller Welt werden daran arbeiten, Vermögen der russischen Eliten und ihrer Familienmitglieder in ihren Gebieten zu identifizieren und einzufrieren, ihre Yachten, Luxuswohnungen, ihr Geld und andere unrechtmäßige Gewinne", erklärte das Weiße Haus. Derzeit versuchen Oligarchen ihre Luxusyachten in Länder zu bringen, wo ihnen keine Beschlagnahmung droht.

Auch Großbritannien zieht mit

Zu den jetzt Betroffenen zählen unter anderem der Multimilliardär Alischer Usmanow sowie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Ferner zählen der Chef des Pipeline-Riesen Transneft, Nikolai Tokarew dazu, der Chef des staatlichen Rüstungskonzerns Rostec, Sergej Tschemesow, die Brüder Boris und Arkadi Rotenberg, der frühere Vize-Regierungschef und derzeitige Chef der staatlichen Außenwirtschaftsbank VEB, Igor Schuwalow, sowie der Putin-Vertraute und Geschäftsmann Jewgeni Prigoschin, der Finanzier der Söldnertruppe Wagner sein soll.

Prigoschin, bekannt als "Putins Koch", gehört zu denjenigen, die 2018 von der US-Regierung angeklagt wurden, weil sie an einem weitreichenden Versuch beteiligt waren, die politische Meinung in Amerika während der Präsidentschaftswahlen 2016 zu beeinflussen. Gegen wen die US-Einreiseverbote verhängt wurden, teilte die Regierung in Washington bislang nicht mit.

Großbritannien verhängte derweil Strafmaßnahmen gegen die Oligarchen Usmanow und Schuwalow, die in dem Land unter anderem Luxusanwesen und Luxuswohnungen besitzen. Die Sanktionen umfassen ein Einreiseverbot sowie ein Einfrieren ihres Vermögens in Großbritannien, teilte das britische Außenministerium mit. Die Regierung in London hat damit seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vor einer Woche 13 Oligarchen auf ihre Sanktionsliste gesetzt.

6. Sanktionen weiterer Länder

Kanada

Kanada beschloss, Russland und Belarus den offiziellen Status als präferenzielle Handelspartner zu entziehen, was bedeutet, dass sie nicht mehr unter die Meistbegünstigungsklausel fallen:

<https://www.canada.ca/en/department-finance/news/2022/03/canada-cuts-russia-and-belarus-from-most-favoured-nation-tariff-treatment.html>

Hier können Sie auch die von Kanada seit Beginn des Krieges erlassenen Sanktionsverordnungen einsehen:

Gegen Russland:

https://www.international.gc.ca/world-monde/international_relations-relations_internationales/sanctions/russia-russie.aspx?lang=eng

Gegen die Ukraine (in Zusammenhang mit dem russischen Angriff):

https://www.international.gc.ca/world-monde/international_relations-relations_internationales/sanctions/ukraine.aspx?lang=eng

Norwegen

Norwegen hat ebenfalls beschlossen, der EU bei den Sanktionen vollständig zu folgen. In ihrer Pressemitteilung erklärte die norwegische Regierung: "Gemeinsam mit der EU führt Norwegen nun historisch harte Sanktionen gegen Russland ein. Die Sanktionen sind schrittweise eingeführt worden, und heute werden weitere Sanktionen eingeführt. Diese werden sich auch gegen Belarus richten."

Dem Vernehmen nach wird es etwa zwei Wochen dauern, bis die Sanktionen in verbindliches Recht umgesetzt werden. Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/norway-to-increase-support-to-ukraine-and-provide-military-equipment/id2902406/>.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Brief:

Klaus Mangold legt sein Amt als russischer Honorarkonsul nieder

„Ich habe mich heute entschlossen, mein Amt als Honorarkonsul der Russischen Föderation mit sofortiger Wirkung niederzulegen“, schreibt Mangold in einem Brief vom 4. März, der dem Ost-Ausschuss vorliegt. Das Honorarkonsulat in Stuttgart sei daher ab dem 15. März 2022 geschlossen.

Mangold: „Der russische Angriff auf einen souveränen Staat ist auch ein Angriff auf den Frieden in Europa und der Welt. Die da mit einhergehende Verletzung des Völkerrechts ist nicht hinnehmbar. Präsident Putin muss die Souveränität der Ukraine respektieren, alle Kampfhandlungen einstellen und schnellstmöglich die Voraussetzungen schaffen, zunächst durch konstruktive Verhandlungen zu einem Waffenstillstand zu kommen, um damit wieder den Weg frei zu machen für Frieden in Europa.“

Lage des ukrainischen Energiesektors

Der ukrainische Energiekonzern D.TEK berichtet aktuell über die Lage im ukrainischen Energiesektor und Schäden durch die laufenden Kriegshandlungen. Einen aktuellen Appell des Unternehmens an Russland finden Sie hier:

[Appeal to Russia's Power Engineers — DTEK](#)

Bei Interesse an dem Newsletter von D.TEK melden Sie sich hier:

Kontakt:

Iryna Zdorevska

Manager

International Public Affairs

tel: +38 044 581 93 63

cell: +38 050 388 77 05

e-mail: ZdorevskaIV@dtek.com

web: www.dtek.com

FAZ:

Intel, Google, Airbnb - Weitere Unternehmen legen Russlandgeschäft auf Eis

Unterdessen haben weitere große Unternehmen angekündigt, ihr Russland-Geschäft auf Eis zu legen. Der Chipriese Intel setzt nach dem Angriff auf die Ukraine alle Lieferungen an

Kunden in Russland aus. Auch Belarus, das die russische Invasion in die Ukraine unterstützt, wird nicht mehr versorgt, wie der US-Konzern am Freitag mitteilte. Intel ist der wichtigste Anbieter von Prozessoren und Servern in Rechenzentren.

Auch Google setzt sein Anzeigengeschäft in Russland bis auf Weiteres aus. Betroffen sei Werbung sowohl im Umfeld der Internet-Suche als auch bei der Videoplattform Youtube, teilte der Konzern unter anderem dem US-Sender CNBC mit. Zuvor hatte Google nur bestimmte Anzeigen rund um den Krieg blockiert.

Als weiteres Tech-Unternehmen stoppte der Apartment-Vermittler Airbnb seine Aktivitäten in Russland und Belarus, wie Firmenchef Brian Chesky bei Twitter schrieb. Unter anderem hatte bereits Apple Lieferungen seiner Geräte nach Russland sowie Dienste in dem Land eingestellt.

[Redaktionsnetzwerk Deutschland](#)

Milliarden im Feuer: So groß sind die Risiken für die deutsche Wirtschaft in Russland)

Deutschen Unternehmen, die unter dem Krieg gegen die Ukraine oder den Sanktionen gegen Russland leiden, will die Bundesregierung mit staatlichen Krediten helfen. Das kündigte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Donnerstag in Berlin an.

„Wir werden ein KfW-Kreditprogramm auflegen, sodass Unternehmen, die nun in Kalamitäten geraten, von den guten Zinsbedingungen des Staates profitieren können“, sagte Habeck nach einem Gespräch mit Spitzenvertretern der Wirtschaft in seinem Ministerium. Die Laufzeiten der Darlehen seien lang, die Rückzahlungsbedingungen „sehr fair“, so der Grünen-Politiker weiter.

„Für die deutsche Wirtschaft sind die Konsequenzen des Krieges deutlich absehbar und in Teilen auch schon zu spüren“, betonte Habeck. Er deutet an, dass er spürbare Auswirkungen auf die Konjunktur erwartet. „Wir hatten alle gehofft, dass wir in diesem Frühling eine wirtschaftliche Erholungsphase erleben werden“, sagte er. Jetzt komme der Krieg dazwischen.

Der Bund hat für knapp 20 Milliarden Euro gebürgt

Gut 20 Milliarden Euro habe die deutsche Wirtschaft in Russland investiert, sagte der Minister. Etwa 7,4 Milliarden Euro seien über staatliche Investitionsgarantien abgesichert. Die nicht versicherten rund 13 Milliarden Euro seien das Risiko, das die deutsche Wirtschaft nun tragen müsse, so Habeck weiter.

Mit Hermesbürgschaften in einer Größenordnung von etwa 11 Milliarden Euro habe die Bundesregierung außerdem deutsche Exporte nach Russland abgesichert. Insgesamt liege das Risiko für den deutschen Staat damit bei knapp 20 Milliarden Euro, rechnete Habeck vor. Er bezeichnete das Risiko als „erheblich, aber tragbar“.

8. Aktuelle Informationen zu Unternehmensaktivitäten in der Ukraine

Aktuelle Informationen Ukraine / Unternehmensaktivitäten

3. März 2022

Maksym Sysoiev, Partner, Dentons Ukraine

Simplified procedure for certifying force majeure in Ukraine

On 28 February, 2022 in view of the current situation in Ukraine, the Chamber of Industry and Commerce of Ukraine (CCI) has taken the decision to simplify the certification procedure of force majeure.

The CCI has published a **standard official letter** certifying force majeure in Ukraine. Companies can simply print it out as evidence of force majeure.

The CCI's letter serves as evidence of "force majeure circumstances: military aggression of the Russian Federation against Ukraine, which led to the imposition of martial law from 05:30 on February 24, 2022 for 30 days, according to the Decree of the President of Ukraine of February 24, 2022 № 64/2022 'On the imposition of martial law in Ukraine'."

Under the letter, the CCI of Ukraine confirms that "these circumstances from February 24, 2022 until their official ending, are extraordinary, unavoidable and objective circumstances for business entities and / or individuals under the contract, separate tax and / or other obligations the fulfilment of which occurred in accordance with the terms of the contract, agreement, legislative or other regulations and the fulfilment of which became impossible in the set deadline due to the occurrence of such force majeure circumstances (force majeure)."

Under Ukrainian law, force majeure circumstances are extraordinary and unavoidable circumstances, which objectively prevent performance of contractual obligations or obligations imposed in legislation. Among such circumstances, the law lists military actions, general military mobilization, declared or undeclared war, and several other events.

Please consider checking your contractual provisions in respect of force majeure, including in respect of the notification requirements.

In case you cannot download the letter from CCIU website, you can also access the **Ukrainian** or **English** version on our platform. Please contact us in case any help is required in relation to above, we stand by to assist.

If you require any other assistance with contractual issues, or with any other legal questions, we stand by to assist.

Information was prepared by my colleagues and also available at https://www.dentons.com/en/insights/alerts/2022/march/1/simplified-procedure-for-certifying-force-majeure-in-ukraine?utm_source=email&utm_medium=email&utm_campaign=vuture.

Now it is discussed amongst wind developers and investors whether the above procedure may be used to extend the timelines for completion of wind projects under pre-PPA to be eligible to “green” tariff. Most likely such extension will require amendments to the primary laws.

Measures and restrictions under Martial Law for banking and court systems

Operation of the Banking System

On February 24, 2022, the Board of the National Bank of Ukraine (NBU) adopted its RESOLUTION No. 18 On Operation of Banking System under Martial Law which was amended the same day by the Resolution No. 21 (the “**Resolution**”). Under the Resolution, Ukrainian banks shall continue to operate subject to the restrictions stipulated by the Resolution which include, inter alia, the following:

1. Cash withdrawals from client accounts are limited to UAH 100,000 per day (excluding salaries and social benefits), except for businesses and institutions that ensure the implementation of the government’s mobilization plans (objectives) and entities that have a special permit from the NBU.
2. All cashless payments can be made without limitation subject to the below restrictions.
3. The release of cash from client accounts in foreign currency is prohibited, except for businesses and institutions that ensure the implementation of the government’s mobilization plans (objectives) and entities that have the NBU’s special permit.
4. Payments to and by the Ukrainian government shall be made without restrictions, in accordance with legislation governing this special period.
5. ATMs shall be supplied with cash without any restrictions.
6. Banks shall ensure the uninterrupted operation of their branches unless doing so puts at risk the lives and health of the public.
7. Banks will provide uninterrupted access to safe deposit boxes.
8. The NBU shall provide unsecured refinancing to banks to maintain liquidity without restrictions on its amount for up to one year with the possibility of extension for one additional year.
9. Ukrainian banks are prohibited from FX trading, except for the following operations:
 - Selling of FX in cash/cashless form by customers to banks and in cash to non-banking financial institutions and post offices;
 - FX currency swap transactions of Ukrainian banks with other Ukrainian banks, foreign financial institutions, the NBU, IFI’s;
 - Purchase of foreign currency for carrying out the transactions listed in item 11 below.
10. The official exchange rates for foreign currencies and special drawing rights are fixed as at February 24, 2022.
11. The NBU introduced a moratorium on cross-border foreign currency payments, except for:

- The banks' own operations, including settlements with international payment systems;
- Purchase of goods of critical import as listed in the governmental regulation (including, among others, medical goods, petroleum, certain food products);
- Payments by or to IFIs;
- Payments ensuring mobilization plans (tasks);
- Medical and transportation costs and funeral and transportation expenses;
- Payments under special permits by the NBU;
- Payments to diplomatic representations, consulates of Ukraine abroad.

12. Banks shall stop debit transactions on the accounts of the residents of the state that effected the armed aggression against Ukraine.

13. Issuance of e-money, replenishing e-wallets with e-money, and e-money distribution is suspended.

14. Any currency transactions in RUB and BYN and/or with persons residing/registered in Russia or Byelorussia are prohibited.

15. The NBU continues to sell USD to Ukrainian banks through Refinitive and Bloomberg trading systems on terms of prepayment by Ukrainian banks.

16. Ukrainian banks are allowed to sell FX to their clients at the expense of their own currency position for the fulfilment of obligations by such clients under their loan agreements with banks.

We note that in practice some of the permitted transactions still could be unavailable for technical reasons.

Operation of Ukrainian courts

According to public information, on February 24, 2022, certain Ukrainian courts suspended their work and rescheduled hearings of the court cases. The Supreme Court of Ukraine continues to operate, however, its court hearings have been rescheduled.

Please see information on courts operating in Kyiv (in Ukrainian):

[Робота судів міста Києва - Юридична Газета \(jur-gazeta.com\)](http://jur-gazeta.com)

Capital markets measures by the National Securities and Stock Markets Commission (NSSMC)

According to public information, circulation of securities in Ukraine and activities of depository accounting are temporary suspended, except for:

- The operations necessary for carrying out the monetary and credit policy of the NBU;
- The operations of the Ministry of Finance with respect to servicing the state debt.

The NSSMC also suspended transactions with assets of the institutions of collective investments and non-state pension funds as well as assets of the funds for financing construction and funds for real estate operations.

Information was prepared by my colleagues and also available at https://www.dentons.com/en/insights/alerts/2022/february/25/ukraine-measures-and-restrictions-under-martial-law?utm_source=email&utm_medium=email&utm_campaign=vuture.

Synchronization of the Ukrainian power system with ENTSO-E

On 1 March 2022 the Board of ENTSO-E acknowledged the exceptional efforts of Ukrenergo to operate and maintain the power system in these difficult times and will continue to support their efforts. ENTSO-E's Board confirmed its full support for swift emergency synchronisation definition of key conditions for synchronisation by the Continental European TSOs. Information is available at <https://www.entsoe.eu/news/2022/03/01/continental-europe-tsos-are-fully-committed-to-the-synchronisation-with-ukraine-and-moldova-power-systems/>.

Please note that the Ukrainian power system according to the plan for synchronization of the Ukrainian power system with ENTSO-E worked on 24-26 February in the isolated mode and was supposed to return to the synchronized operation with Russian and Belorussian power systems. However, on 26 February the Ministry of Energy passed an order not to return to the synchronized operation with the said system and apply for the expedited synchronization with ENTSO-E (the statement of the Ukrainian minister of energy is available in Ukrainian at https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=487405536344745&id=100052259093871).

Afterwards the following steps were taken:

- On 27 February 2022, Continental Europe TSOs have received an urgent request from Ukrenergo, the Ukrainian TSO, for an emergency synchronization of the Ukrainian power system, including the Burshtyn island with the Continental Europe power system.
- On 28 February 2022, Moldelectrica, the Moldovan TSO (Moldelectrica) submitted a request for emergency synchronisation in line with the Ukrenergo request.
- On 1 March 2022 the Energy Community Security of Supply Coordination Group convened for an emergency meeting to support Ukraine and Moldova following the Russian attack on Ukrainian territory also underlined the need for an accelerated emergency synchronisation of electricity systems of Ukraine and Moldova with the Continental Europe power system in order to ensure uninterrupted electricity supply including safe operation of nuclear power plants in Ukraine (please see information at <https://energy-community.org/news/Energy-Community-News/2022/03/01.html>).
- Identification of the conditions for urgent synchronisation will include an assessment of Protection and Dynamic Stability, Operations and Markets, Legal and Regulatory and Information Technology including Cybersecurity.

Thus, we could expect that the respective measures will be taken soon, and the Ukrainian power system will switch from the isolated mode operation to the operation as a part of

ENTSO-E. This will increase the opportunities for trading of electricity with Ukrainian companies as well as sell electricity produced in Ukrainian, in particular on power plants using renewables and issue guarantees of origin.

This information does not constitute legal advice and is merely the opinion of the author.

Maksym Sysoiev, Partner, Dentons Ukraine

[Procedure for certifying force majeure in Ukraine, measures under Martial Law for banking and court systems, Ukrainian synchronization with ENTSO-E | LinkedIn](#)

9. Hilfsaktionen

Aufruf des Ost-Ausschusses zu Jobangeboten für ukrainische Flüchtlinge in den Nachbarländern

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns haben in den letzten Tagen zahlreiche **Anfragen unserer Mitgliedsunternehmen zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in benachbarten Partnerländern** erreicht. Viele Mitgliedsunternehmen möchten **den geflüchteten ukrainischen Arbeitnehmern mit einer Jobmöglichkeit z. B. in Polen, Moldau, Slowakei, Rumänien und Ungarn** helfen.

Hierbei stellen sich derzeit zahlreiche rechtliche Fragen bezüglich der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, die in fünf Ländern unterschiedlich geregelt sind. Wir hoffen auf eine schnelle europäische Lösung.

Unser Präsidium unterstützt diese Maßnahmen der Mitgliedsunternehmen per Beschluss vom 1. März 2022 und hat dafür in unserer Geschäftsstelle eine **Koordinationsstelle** eingerichtet. Wir bereiten die entsprechenden Informationen für Sie auf, stehen für Erstanfragen zur Verfügung und stellen die Verbindung zu Ansprechpartnern zur Verfügung. Ansprechpartner hierfür ist:

Adrian Stadnicki
Regionaldirektor Mitteleuropa
030 206167 138
a.stadnicki@oa-ev.de

Mein Unternehmen, die Wilo Gruppe, wird in Polen unseren ukrainischen Angestellten auf diese Art und Weise helfen wollen.

Beste Grüße

Oliver Hermes
Vorsitzender
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Lebensmittel

BMEL: Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle

kontaktieren unter: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de. Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

Kontakt: Petya Hristova, P.Hristova@oa-ev.de; Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

* Was werden wir tun? *

In dieser Phase konzentriert sich die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

* Wer verwaltet das Hauptquartier? *

Andriy Yermak, Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, wird zum Chef des Stabes ernannt.

Yulia Sokolovska, stellvertretende Leiterin des OPU für Soziales und Gesundheit, übernimmt die Verantwortung für die operativen Prozesse.

Daria Zarivna, Beraterin der OPU-Leiterin für Kommunikation, ist für die Informationsunterstützung zuständig.

Es ist einfach, uns zu kontaktieren:

Anfragen zur Unterstützung von Militärverwaltungen und Gemeinden können hier gestellt werden:

Kosenko.msp@gmail.com

Große ukrainische Unternehmen können uns hier schreiben:

koord.shtab.2022@gmail.com

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:
iwanttohelpukrainians@gmail.com

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an info@rotary-platz-der-republik.berlin eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationsseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutsche-bank.de)

Weitere Links von Initiativen:

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir können nicht länger warten. Wir haben lange genug gewartet!

Ein Kreis von DGO-Mitgliedern um Karl Schlögel, Katharina Raabe und Manfred Sapper ruft für Sonntag, den 6.3.2022 um 14:00 Uhr auf dem Bebelplatz in Berlin zur Demonstration "Für Eure und für unsere Freiheit. Solidarität mit der Ukraine" auf.

FÜR EURE & FÜR UNSERE FREIHEIT
#StandWithUkraine

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE!
Sonntag, 6. März 2022, 14.00 bis 17.00 Uhr
Bebelplatz, Berlin

Den Aufruf finden Sie hier

<https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/aufruf-zur-solidaritaet-mit-der-ukraine/>

Kommen Sie zahlreich und verbreiten Sie den Aufruf.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Freitag

.....

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)



